



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **A 922 Anfrage Brücker Urs und Mit. über die Rahmenbedingungen für die Erstellung und den Betrieb von Wald- und Naturschulangeboten / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Urs Brücker ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Brücker: Gemäss der Antwort der Regierung gibt es keine Bestrebungen, permanente Einrichtungen im Wald oder am Waldrand für den Schulbetrieb einzurichten. In unserer Gemeinde haben wir das mit grossem Erfolg getan, obschon es nicht ganz einfach ist, die Kinder nach der Basisstufe wieder in ein Schulzimmer zu pferchen. Es geht aber vor allem um die raumplanerischen und rechtlichen Fragen. Wir haben mit einem Projekt begonnen und eine entsprechende Bewilligung erhalten. Das Projekt wurde aber laufend ausgebaut, ohne dass der Kanton intervenierte. Wir haben beispielsweise eine Jurte aufgestellt, obwohl wir das eigentlich nicht hätten tun dürfen. Mittlerweile wurde das Projekt auf den Kindergarten reduziert, was im Dorf zu heftigen Diskussionen fundamentaler Art geführt hat. Vor dem Beginn eines solchen Projektes sollte mit dem Kanton vor allem die rechtliche Seite gut geklärt werden, da der Waldrand unter speziellem Schutz steht. Nur so kann ein nachhaltiges Projekt entstehen. Pädagogisch gesehen sind die Wald- und Naturschulangebote auf jeden Fall sehr wertvoll.

Tobias Käch: Es ist wahrlich eine Situation, bei der verschiedene Interessen gegeneinander abgewogen werden müssen. In der Antwort zu Frage 1 zeigt der Regierungsrat auf, wie wertvoll ausserschulische Lernorte wie zum Beispiel der Wald für eine aktive Haltung gegenüber Umweltthemen sind. Das wäre auch etwas für uns. Warum führen wir nicht eine Session im Wald durch? Die gute Waldluft wäre für unsere gute Zusammenarbeit, eine gute Lösungsfindung und sicherlich auch fürs Klima gut.

Andy Schneider: Aus Sicht der SP-Fraktion ist die Antwort der Regierung unverbindlich und nicht fassbar. So heisst es etwa: «Entscheidend ist, dass der Waldboden im Umfeld nicht verdichtet wird oder Erosionsschäden verursacht werden, um die Waldverjüngung sicherzustellen.» Diese Aussage ist sehr stossend, denn die Verdichtung findet in erster Linie durch die Holznutzung statt, zum Beispiel mit dem Einsatz von schweren Maschinen, aber nicht durch eine Gruppe kleiner Kinder. Auch die nachfolgende Aussage hat mich sehr gestört: «Es ist uns ein grosses Anliegen, den Wald als öffentlichen Raum zu erhalten sowie Umweltbelastungen durch Klassen oder Gruppen, die sich regelmässig darin aufhalten, zu vermeiden.» Die Lehrpersonen nehmen ihre Verantwortung wahr, wenn sie sich mit den Kindern während des Unterrichts im Wald aufhalten. Sie lehren die Schülerinnen und Schüler einen sorgsamen Umgang mit Pflanzen und Tieren und leisten einen wichtigen Beitrag, dass die Lernenden einen positiven Bezug zum Wald erhalten. Die Kinder gehen heute nicht mehr in den Wald, weil die Eltern Angst vor Zecken haben. Man schätzt und

schützt nur das, was man auch kennt. Deshalb wäre mehr Unterricht im Wald gefragt.

Rosy Schmid-Ambauen: Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass die Regierung die Möglichkeit der Nutzung der Vorteile der Waldumgebung als Unterrichtsort grundsätzlich unterstützt. Bezüglich der Möglichkeit, den Wald in Teil- oder Vollzeit als Unterrichtsumgebung zu nutzen, gibt es verschiedene Vorschriften und Empfehlungen. Schulisch müssen der Lehrplan und die schulorganisatorischen Vorgaben eingehalten werden. Das ist sehr wichtig. Wenn die Organisation und Administration vereinfacht werden könnten, würden wir das unterstützen. Die Qualität darf jedoch nicht leiden. Für uns ist es selbstverständlich, dass der Wald vor negativen Einflüssen geschützt werden muss. Damit verbunden ist die Zurückhaltung bei der Erstellung von Infrastrukturen. Wenn nötig, sollen diese gemeinsam genutzt werden. Die Plätze sollen zudem so hinterlassen werden, als wäre niemand dort gewesen. Es ist wichtig, dass sich auch die Schulen an die gegebenen Vorschriften halten, wie es andere Organisationen ebenfalls tun müssen. Wir legen auch Wert darauf, dass die Entscheidung bei den Gemeinden liegt, ob und wie viel Waldschule umgesetzt wird. Dadurch werden alle Interessengruppen vor Ort mit einbezogen. Wir sind aber gegen eine flächendeckende Einführung. Wir sind mit der Antwort der Regierung zufrieden.

Gertrud Galliker-Tönz: Urs Brücker stellt in seiner Anfrage in den Mittelpunkt, wie wertvoll und inzwischen weitgehend etabliert die Natur- und Umweltpädagogik in unserer Bildung ist. Seine Fragen zeigen das Spannungsfeld auf, welches mit einer vermehrten und vor allem regelmässigen Beschulung von Kindern und Jugendlichen vor allem im Wald entsteht. Die Regierung bestätigt, dass die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) die Umweltbildung als ein Profilthema installiert hat. Es wird aber auch klar festgehalten, dass bezüglich der Nutzungsqualität klare Vorgaben eingehalten werden müssen und die Nutzungsintensität in unserem inzwischen stark besiedelten Raum und in den Wäldern immer beachtet werden muss. Das Aushandeln der Vorgaben, wie die Natur für Schulaktivitäten benutzt oder allenfalls belastet werden soll, kann durchaus auch als ein Thema der Outdoor-Pädagogik angesehen werden. Die Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern) bietet übrigens ein Spezialisierungsmodul Natur- und Umweltbildung an, welches die Themen der Nutzung der Aussenräume ebenfalls beinhaltet. Die transparente Antwort der Regierung zeigt in diesem Fall auf, dass die Interessen beider Seiten gewahrt sind und durchaus sinnvolle Verhandlungsspielräume bestehen.

Willi Knecht: Der Wald ist bekanntlich öffentlich und sollte grundsätzlich und wenn möglich der ganzen Bevölkerung zugänglich sein, sofern er nicht übermässig genutzt wird. Der Betrieb einer Waldspielgruppe als Ergänzung zum Schulangebot ist sicher zu begrüssen und zu befürworten. Ein solches Angebot sollte auch pragmatisch gehandhabt werden, wenn die Rahmenbedingungen vor Ort optimal sind. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist ein flächendeckendes Angebot von Wald- und Naturschulangeboten als fester Bestandteil des Schulangebotes allerdings kritisch zu beurteilen. Einerseits sind solche Schulangebote mit viel Aufwand verbunden und von viel Pioniergeist geprägt. Andererseits aber auch wegen der gesetzlichen Raumplanungsvorgaben oder einer möglichen Ungleichbehandlung und Zielkonflikten gegenüber anderen Bereichen wie Freizeitangebote oder Landwirtschaft. Für die SVP-Fraktion ist die Antwort der Regierung nachvollziehbar und plausibel, und wir sind grundsätzlich zufrieden damit.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es spricht nichts gegen den Unterricht im Wald, aber es muss nicht unbedingt eine Waldschule sein. Wir haben einen klassischen Zielkonflikt: die Schule und der Wald und die übermässige Nutzung. Aber selbst die Waldbewirtschaftung birgt für den Wald gewisse Gefahren. Wahrscheinlich ist aber der Nutzen höher, sonst würde das nicht bewilligt. Ein weiteres Thema ist der Tourismus und die Biker im Wald oder die Nutzung mit Hunden. In unseren engen Landschaft kommt es immer wieder zu Zielkonflikten. Das gilt auch für die Schule, die sich ebenfalls an die Gesetze halten muss. Wenn dies der Fall ist, spricht auch nichts gegen den Unterricht im Wald, den ich als sehr nützlich erachte. Es ist aber auch empfehlenswert, wenn die Eltern mit ihren Kindern in den Wald gehen und nicht

nur die Schule. Ich sage es immer wieder: Die Schülerinnen und Schüler müssen schlussendlich auch noch Rechnen und Schreiben lernen.